

DIE SECHZIGER JAHRE ZWISCHEN PLANUNGS-  
EUPHORIE UND KULTURELLEM WANDEL.  
DDR, ČSSR UND BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Über die Systemgrenzen des Kalten Krieges hinweg und auch von verschiedenen Ausgangspunkten ausgehend, standen die sechziger Jahre in West- und Osteuropa im Zeichen eines Aufbruchs in die Zukunft. Eine bedeutende Rolle spielten dabei Machbarkeitsvorstellungen von Zukunft, die sich auf Realitäten und Erwartungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gründeten. Dies waren die Thesen, die einem Workshop von Heinz-Gerhard Haupt und Jörg Requate am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) in Bielefeld vom 12. bis 14. September 2001 zugrunde lagen, der sich in vergleichender Perspektive mit der DDR, der ČSSR und der Bundesrepublik Deutschland befasste. In vier Themenblöcken diskutierten rund 30 Teilnehmer, welche spezifischen Themen und Semantiken die sechziger Jahre hervorgebracht haben und ob oder in welcher Perspektive sie sinnvoll als zeitliche Einheit zu fassen sind. Fluchtpunkt war dabei der Begriff der Planung, der in jenem Jahrzehnt vor allem in der Bundesrepublik Deutschland Karriere gemacht hatte. Am Beispiel der Wirtschaft, dem Thema der ersten Sektion, wurde dabei die politische Besetzung und Wandlung des Terminus in westdeutscher Perspektive exemplarisch deutlich: in den fünfziger Jahren noch ideologisches Schreckbild, war er in den sechziger Jahren, nach einer Phase der bundesrepublikanischen Selbstversicherung und wirtschaftlichen Etablierung zunehmend entideologisiert und positiv konnotiert.

Wirtschaftspolitisch wurde der Paradigmenwechsel zur keynesianischen Globalsteuerung und Stabilisierungspolitik hin vollzogen, womit sich Georg Altmann (München) in seinem Beitrag befasste: Vorausschauende Planung an Stelle eines Ad-hoc-Interventionismus konnte zur Denkfigur des Stabilitätsgesetzes von 1967 werden. Ebenfalls in den sechziger Jahren kam es in den Ländern des RGW zu wirtschaftlichen Reformversuchen, da sich die planwirtschaftlichen Ansprüche nicht materialisierten, sondern zunehmend Versorgungskrisen produzierten. In der DDR – hierüber sprach André Steiner (Potsdam, Mannheim) – wurde das Neue Ökonomische System eingeführt, das u. a. einige Spielräume für Betriebe vorsah, aber eine „mixed economy unter Wahrung der planwirtschaftlichen Dominanz“ blieb. Maria Köhler-Baur (Dresden, Halle) berichtete von den Reformdiskursen in der Tschechoslowakei, die vor allem von Ökonomen der Akademie der Wissenschaften initiiert wurden – so z. B. durch Ota Šiks „Neues System der Lenkung“ – und zur Distanzierung vom herrschenden ‚Plankult‘ führten. In Polen – so Dagmara Jajeśniak-Quast (Frankfurt/Oder) in ihrem Beitrag – wurde die Diskussion auf die Straße und in die Betriebe getragen, ein eigener Weg zum Sozialismus gesucht. Forderungen, wirtschaftliche Entscheidungen zu dezentralisieren, trafen sich hier auch mit der Forderung nach Demokratisierung. Eine „Planwirtschaft mit eingebautem Marktmechanismus“, wie sie der Ökonom Włodzimierz Brus entworfen hatte, gelangte aber rasch an ihre Grenzen: Es kam zwar zur Einführung von Branchenvereinigungen und zur Privatisierung in der Landwirtschaft, aber nicht zur Abkehr von zentraler Planung. Hier verlief allgemein auch die Grenze konvergenz-

theoretischer Annahmen dieser Zeit, die eine Angleichung von Plan- und Marktwirtschaft postulierten. Eduard Kubů (Prag) wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Konvergenztheorie in der ČSSR ohnehin kritisch betrachtet worden sei; dort habe es vor allem einen „tschechischen Sonderwegsdiskurs“ gegeben, der 1968/69 den Dritten Weg hervorgebracht habe und dessen Kontinuitätslinien bis in die Zeit nach 1989 reichen: Das Bewusstsein eines eigenen Weges konnte an der besonderen Form der Kupon-Privatisierung festgemacht werden, mit der auch Mustergültigkeit beansprucht wurde. Für den West-Ost-Vergleich blieb hinsichtlich der Konvergenzfrage festzuhalten, dass die Systemunterschiede auf dem Workshop als markant bewertet wurden: Es gab in Westdeutschland eben keine zentralwirtschaftlichen Vorgaben, der Staat sollte auch nicht direkt in das Marktgeschehen eingreifen (Altmann). Ebenso wenig wurde im Osten eine tatsächliche Grenzüberschreitung in Richtung Markt versucht. Denn diese hätte „in letzter Konsequenz die Lenkungscompetenz der zentralen Instanzen und damit die Prägogative der Partei sowie ihr Recht auf Formulierung der gesamtwirtschaftlichen Planziele in Frage gestellt“ (Steiner).

An das Thema der Wirtschaftsreformen konnte Christoph Boyer (Dresden, Berlin) im folgenden Themenblock „Technokratie und Zukunftsplanung“ mit seinen Ausführungen zur sozialistischen Sozial- und Konsumpolitik in der DDR und ČSSR direkt anknüpfen. Diese sei in einem Versuch der Anpassungsinnovation in jener Zeit zu einem eigenständigen Politikfeld erhoben worden. Ausgehend von systemtheoretischen Überlegungen konstatierte er für die beiden staatssozialistischen Ökonomien allerdings eine „fast unüberwindliche Anfangsprogrammiering“. Der Primat der Politik der Steuerungszentrale sei nicht mit einer hochkomplexen Industriegesellschaft kompatibel gewesen, „die aber ohne funktionale Differenzierung und minimale Partizipation nicht auf Dauer überlebensfähig ist“. Durch diese Grenzen und Lernschranken sei das Scheitern der Reformen zwar nicht unausweichlich, aber doch von hoher Plausibilität gewesen. Als wichtigsten Unterschied zwischen beiden Systemen hielt Boyer fest, dass die reformerische Umgestaltung des politischen Lenkungsmechanismus in der ČSSR im Vergleich tief greifender gewesen sei, verbunden mit der Absicht, politische Partizipation und auch mehr Meinungsfreiheit zuzulassen – ein Angebot, das zwar von der Intelligenz angenommen worden sei, aber kaum von Seiten der Arbeiter, denen ja ideologisch eine emanzipative Rolle anstand.

Stoff für einen weiteren Diskursstrang in den sechziger Jahren bot die nahezu als revolutionär wahrgenommene Bedeutung von Wissenschaft und Technik. Das Zeitalter der Raumfahrt war angebrochen, kybernetische Steuerungsmodelle waren en vogue, die Atomeuphorie deutete auf einen noch ungebrochenen Zukunftsglauben. Der neue Zukunftsdiskurs – so Alexander Schmidt-Gerning (Berlin) in seinem Beitrag über die westliche Futurologie – gründete in der Vorstellung eines „diskontinuierlichen Evolutionssprungs der Menschheit“ und erlangte dabei auch größere öffentliche Breitenwirkung. ‚Fortschritt‘ war einer der zentralen Begriffe, entsprach aber auch Wahrnehmungen und Realitäten dieser Zeit in Ost und West. Martin Sabrow (Potsdam) lieferte einige Überlegungen zu den konnotativen Wandlungen des Begriffs in der DDR: Umschrieb dieser in den fünfziger Jahren

noch ein utopisches Aufbruchskonzept – Ulbricht wollte gar das Wort ‚unmöglich‘ aus dem deutschen Lexikon streichen – und war er dabei pathosbehaftet – eine Reise „mit dem Wartburg zum Großglockner“ war Gegenstand einer technikbegeisterten pathetischen Reportage –, so galt er in den sechziger Jahren, unter dem Einfluss von Kybernetik und wissenschaftlicher Prognostik eher als „wissenschaftlich berechenbare Plangröße“. In der Gesellschaft habe aber hier schon eine zunehmend ironische Verwendung des Begriffs eingesetzt.

Am Beispiel der Kernenergie in Westdeutschland wies schließlich Albrecht Weisker (Bielefeld) rückblickend auf eine Diskussionslücke in den sechziger Jahren hin: Eine Risikodebatte zur Technikentwicklung in die strahlende Zukunft etablierte sich erst im nachfolgenden Jahrzehnt mit einer kritischeren Öffentlichkeit und Beteiligungsansprüchen. Insgesamt bezeichnete Weisker Wissenschaft und Technik als zentrale Elemente des Systemwettstreits in den sechziger Jahren, gerade auch verdichtet im deutsch-deutschen Verhältnis. Bezüglich der Wirtschaft, so Anselm Döering-Manteuffel (Tübingen) in seinem Kommentar, habe die DDR den Wettlauf allerdings bereits in den sechziger Jahren strukturell verloren: sie sei „nie über Eisenhüttenstadt hinausgekommen“.

Eine weitere Perspektive auf die Rolle von und das Vertrauen in Wissenschaft eröffnete der anschließende Themenblock „Humankapital‘ und Verwissenschaftlichung“. Das Thema Bildung, mit dem sich Ralf Jessen (Berlin) im deutsch-deutschen Vergleich befasste, hatte Hochkonjunktur in den sechziger Jahren: Trotz verschiedener Ausgangsbedingungen sei es in jenem Jahrzehnt zu einigen Annäherungen in den Bildungsdebatten gekommen; gemeinsam sei die Auffassung von „Bildungspolitik als zentralem Instrument weitreichender Gesellschaftspolitik“ gewesen. Zeitlich parallel sei Bildung zudem – als ‚Produktivkraft‘ und im Kontext von Bildungsnotstandsrufen – ökonomisiert und funktionalisiert worden. Bildungsgerechtigkeit hingegen, ein zweiter Diskussionsstrang in den Bildungsdebatten, hatte zeitversetzt seine Konjunkturen: Während das bürgerliche Bildungsprivileg in der DDR vor allem in den fünfziger Jahren durch institutionell-strukturelle und soziale Weichenstellungen auch propagandistisch und zur Sicherung neuer Loyalitäten gebrochen werden sollte, kam es nachfolgend immer mehr zur sozialen Schließung und einer antiegalitären Neuakzentuierung, einem bildungspolitischen Expansionsstopp. In der Bundesrepublik kam die Gerechtigkeitsdebatte erst in den sechziger Jahren auf, war dann aber aus dem politischen Diskurs nicht mehr wegzu-denken.

Um Wissenschaft *in der* Politik ging es in den folgenden Beiträgen. Ralf Kessler (Halle) verglich Politikberatung in der DDR und der ČSSR. Den Wissenschaftlern der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften bescheinigte er dabei größere wissenschaftliche Autonomie, in der DDR habe es einen prinzipiellen Konsens zwischen wissenschaftlichen Experten und der Partei gegeben. Während die Experten in der DDR stets am Plan festgehalten hätten, habe man in der ČSSR schon längst Fehlerdiskussionen geführt, was Kessler auch darauf zurückführte, dass die deutsche Teilung wie eine Denkfalle gewirkt habe. Wichtige Thesen für die Bundesrepublik Deutschland brachte Gabriele Metzler (Köln) in ihrem Beitrag „Demokratisierung durch Experten? Aspekte der politischen Planung“. Bereits Mitte der

fünfziger Jahre hätten sich Experten als „Thematisierungs- und Deutungseliten“ etabliert, die „Themen von Modernisierung und Planung in den politischen Diskurs einspeisten“. Metzler ordnete die angestrebte, von aufklärerischem und technokratischem Geist getragene Verwissenschaftlichung der Politik einem „Verwestlichungsprogramm“ zu, in dem der traditionelle Dezisionismus vom Prinzip des „government by discussion“ abgelöst worden sei. Als Leistung der Sozialwissenschaften bewertete sie, dass Deutungsmuster relativiert worden seien: Planung wurde rehabilitiert, galt nicht mehr als Ende von Freiheit, aber sei schließlich gescheitert: „Die Fiktion eines Steuerzentrums der modernen Gesellschaft ging einher mit der Fiktion einer Modernisierung/Demokratisierung von oben durch Experten.“ Michael Ruck (Flensburg) schloss mit der Bemerkung an, das Problem der Verwissenschaftlichung von Politik habe generell darin gelegen, dass die Rekrutierungsfrage nie gestellt worden sei und sich somit ein Legitimationsproblem aufgetan habe. Gerade der Modernisierungsdruck ‚von oben‘ und eine ökonomistische Problemwahrnehmung, auch gespeist aus Erwartungen an den Daseinsvorsorgestaat, hätten daher einen Schub für neue soziale Bewegungen mit partizipatorischen Ansprüchen gebracht.

In der letzten Sektion des Workshops ging es schließlich um den kulturellen Aufbruch in den sechziger Jahren, um dessen Platz und Rolle neben den Technokratiedebatten. Hans-Edwin Friedrich (München) ging auf Entwicklungen der Science Fiction in der Bundesrepublik Deutschland und der wissenschaftlichen Phantastik in der DDR ein. Bei vielen Übereinstimmungen – wie der Technikbegeisterung und Fortschrittsgläubigkeit oder der Politisierung der Gattung – habe es doch im Osten ideologische Grenzen und Vorgaben gegeben, beispielsweise ein „Utopie-Verbot“, da der Sozialismus selbst über ‚die‘ Zukunftsperspektive habe verfügen wollen. Vom Eintritt einer neuen Generation in die DDR-Kultur berichtete Birgit Dahlke (Berlin). Gestaltungswille – „Kommt uns nicht mit Fertigem“ (Volker Braun) – stieß allerdings auf Parteivorgaben oder aber spießbürgerliche Abwehrreflexe, als Sexualität thematisiert wurde. Die kulturelle Situation in Bratislava thematisierte Ute Raßloff (Leipzig), wobei sie der Literaturzeitschrift „Mladá tvorba“ (Junges Schaffen), die in Reportagen auch Alltagsleben dokumentierte, eine besondere Bedeutung zummaß. Jürgen Danyel (Potsdam, Berlin) befasste sich mit der Kafka-Konferenz in Liblice 1963 und schrieb ihr eine besondere Rolle als Reformindikator und -impuls zu. Gerade in der Tschechoslowakei sei die kulturpolitische Liberalisierung Vorreiter für wirtschaftliche und politische Reformen gewesen. Die Intellektuellengeneration Goldstückers habe eine Affinität zu Kafka gehabt, da sie in seinem Werk die irrationale Verfolgungslogik wiedererkannt hätte, die sie selbst erlitten hatte. Auf der internationalen Konferenz, die bald polarisiert war: die DDR-Dogmatiker mussten „ihren Kaffee alleine trinken“, ging es denn auch um die ins Politische ausgreifende „Frage nach der Aktualität Kafkas“. Kafka sei so zur Chiffre für Reform geworden; eine Teilöffentlichkeit sei ins Zentrum der öffentlichen Debatte vordrungen.

Auf dem Workshop wurde ein facettenreiches Bild der sechziger Jahre und ihres Kontexts gezeichnet. Eine engere Periodisierung mit genauen Jahreszahlen erwies sich wegen der Perspektivhaftigkeit und Ungleichzeitigkeiten (Jessen) als wenig sinnvoll, wenn auch die Arbeitshypothese der ‚langen Sechziger‘ – Ergebnisse und

Fragen ragen deutlich in das Folgejahrzehnt, oder beginnen dort erst – überlegenswert ist. Zur Signatur der Sechziger im Westen – dieser dominierte auf der Tagung – gehörten Technokratie und zunehmend entideologisierte Planungsdebatten (Requate); als „weiteres analytisches Grundvokabular“ (Ruck) aber auch Partizipation und Prosperität. Zum Aufbruch im Osten gehörten schon viel früher die ideologischen Grenzen.

Die Beiträge zu diesem ertragreichen Workshop werden in einem Tagungsband nachzulesen sein.

München

Stephanie Weiss